

Kandidatur für die Landesliste Die Linke Thüringen zur Landtagswahl 2024

Name: König-Preuss
Vorname: Katharina
geboren am: 07.04.1978
Geburtsort: Erfurt
Wohnort: Jena
Beruf/Tätigkeit: Landtagsabgeordnete



Beruflicher Werdegang/Kurzbiografie:

Nach dem Abitur 1997 in Jena lebte ich knapp 1,5 Jahre in Israel und arbeitete in einem „Elternheim“ für Holocaustüberlebende in Jerusalem. Das anschließende Studium der Islam- und Politikwissenschaften an der FSU Jena brach ich nach dem „Großen Arabicum“ ab und begann als Sozialarbeiterin in der JG-Stadtmitte Jena u.a. in der Offenen Jugendarbeit, Migrations- & Integrationsarbeit sowie Straßensozialarbeit zu arbeiten. Bis 2007 studierte ich berufsbegleitend „Soziale Arbeit“ an der BA Gera und schloss als Diplom-Sozialpädagogin ab. Seit Herbst 2009 darf ich als Abgeordnete für Die Linke im Thüringer Landtag tätig sein und bin für die Bereiche Antifaschismus, Antirassismus, Migrations- und Asylpolitik zuständig. Seit 2011 bin ich Mitglied im Innenausschuss, saß u.a. in beiden NSU-Untersuchungsausschüssen und bin in dieser Legislatur für die Fraktion Obfrau im Untersuchungsausschuss Mafia sowie dem Untersuchungsausschuss „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“.

Politische Kurzbiografie:

Meine ehrenamtlichen Aktivitäten im „Aktionsbündnis gegen Rechts Jena“ sowie weiteren antifaschistischen und antirassistischen Initiativen seit den 90er Jahren und das Engagement in diversen Initiativen und Vereinen sind für mich nach wie vor wesentlicher Bestandteil und Grundlage meiner politischen Arbeit. Dazu gehört für mich auch Gewerkschaftsmitglied zu sein. Bei der IG-Metall und ver.di. Seit 2004 bin ich Mitglied des Jenaer Stadtrates für Die Linke und Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Beweggründe für die Kandidatur:

Politisert wurde ich im Jena der 90er Jahre. Nazis machten Jagd auf Menschen. Auf Menschen, die keine weiße Hautfarbe hatten, auf Antifaschist*innen, auf alle, die sie als „nicht rechts“ einordneten. In antifaschistischen Gruppen und der JG-Stadtmitte lernte und lebte ich Widerstand dagegen. Seit 2009 darf ich Abgeordnete für uns im Thüringer Landtag sein und hatte seitdem das Privileg viel lernen aber auch mitgestalten zu können. Und bei aller Kritik: viel ist gelungen, wir konnten wichtige Akzente u.a. in den Bereichen Antifaschismus und Antirassismus setzen. Sei es das „IDZ“, der Entschädigungsfond für Angehörige der vom NSU ermordeten Menschen, das NSU-Archiv, die Überprüfung Todesopfer rechter Gewalt, die Etablierung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle, die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen „Hate Speech“, die seit 2014 stabile Förderung u.a. von Trägern im Bereich der Demokratiebildung – vieles geht auf unsere Initiativen und unser Engagement zurück. Und einiges davon trotz der Kompromisse, die man in einer (Minderheits)-Koalition schließen muss.

Und doch, egal ob bei der immer noch nicht abgeschlossenen Aufklärung des NSU-Komplexes, dem Kampf gegen extreme Rechte in und außerhalb des Landtages, den fast zermürbenden, da oft scheiternden Versuchen, die Situation für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte in Thüringen zu verbessern, frage ich mich: Reicht das? Ist das, was wir machen genug, um Ungerechtigkeit zu beenden oder zu lindern? Manchmal war meine Antwort nein. Es reicht noch nicht. Ein mitunter quälender Druck. Weil wir es besser können, aber auch weil wir es besser können müssen. In einer Zeit, in der Menschen für ihre (soziale) Herkunft marginalisiert, diskriminiert und angegriffen werden, können wir es uns nicht erlauben, auch nur an einer Stelle nachzugeben und damit diese Menschen im Stich zu lassen.

Umso mehr, als dass der Rechtsruck mittlerweile vollzogen und Standhalten notwendiger denn je ist. Denn die Auswirkungen sind real und insbesondere für von Rassismus betroffene Menschen, Juden*Jüdinnen, LGBTQI aber auch Antifaschist*innen und engagierte Zivilgesellschaft spürbar. Hass, Hetze und Menschenverachtung bis hin zu gewalttätigen Übergriffen sind alltäglich, finden online und offline statt. Umso dringlicher ist es, auf allen Ebenen diesem Rechtsruck klare Kante zu zeigen und für eine offene Gesellschaft frei von Diskriminierung einzutreten – auf der Straße und in den Parlamenten. Für ein Land, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.

Die letzten Jahre haben es bewiesen: nur wir, Die Linke, sind die parlamentarische Kraft, die standhält und dem Druck von rechts nicht nachgibt. Die keine Politik auf Kosten von Geflüchteten macht, sie nicht zur Ursache von Auswirkungen schlechter Politik deklariert, sondern kontinuierlich die soziale Frage in den Mittelpunkt stellt und der Spaltung der Gesellschaft Solidarität entgegensetzt. Die immer wieder deutlich macht, dass Antifaschismus und Antirassismus notwendig sind. Dafür stehen wir wie keine andere Partei.

Wir müssen die starke Stimme sein, die an der Seite von jungen und alten Antifaschist*innen auf dem Dorf oder in der Stadt steht, Geflüchtete und Migrant*innen unterstützt und ihre Forderungen im Landtag thematisiert. Die gegenhält und mindestens Ungerechtigkeiten lindert, ohne den Anspruch zu verlieren, sie zu beenden. Ich will mit aller Kraft dazu beitragen, dass wir weiter diese Stimme sind und bitte dafür um eure Unterstützung.